

Frankreichs Eroberungspläne.

Ribots Antwort auf die Enthüllungen.

Paris, 31. Juli. (Agence Havas.) Die Erklärungen, die Ministerpräsident Ribot in der Kammer abgegeben hat, hatten folgenden Wortlaut:

Der deutsche Reichskanzler erlaubte sich öffentlich, an die französische Regierung die Aufforderung zu richten, zu erklären, ob sie in der Geheimfiskung am 1. Juli der Kammer nicht von einem Geheimvertrag Kenntnis gegeben habe, der am Vorabend der russischen Revolution abgeschlossen wurde und durch den sich der Zar verpflichtete, unsere Ansprüche auf die deutschen Gebiete links vom Rhein zu unterstützen. Die Erklärung des Kanzlers enthält indessen große Ungenauigkeiten und wirkliche Lügen, besonders bezüglich der Rolle, die er Boincaré zuteilt, daß dieser Befehl gegeben habe, den Vertrag ohne Wissen Briand's zu unterzeichnen.

Die Kammer wissen, wie sich die Ereignisse abgespielt haben. Auf Grund seiner Unterredung mit dem Zaren erbat und erhielt Doumergue von Briand die Ermächtigung, Akt zu nehmen von dem Versprechen des Zaren, unsere Forderungen in Bezug auf Elsaß-Lothringen, das uns gewaltsam entzogen worden ist, zu unterstützen und uns freie Hand zu lassen in der Auffassung von Garantien gegen jeden neuen Angriff, nicht durch Annexion der linksrheinischen Gebiete für Frankreich, sondern dadurch, daß wir im Notfall aus diesen Gebieten

einen selbständigen Staat machen,

der uns sowie Belgien gegen Einfälle von der anderen Rheinseite schützen sollte. Wir haben niemals daran gedacht, das zu tun, was Bismarck im Jahre 1871 tat. Wir haben daher das Recht, der Behauptung des deutschen Kanzlers ein förmliches Dementi entgegenzusetzen. Der Kanzler kennt offensichtlich den Text der Briefe, die wir im Februar dieses Jahres mit Petersburg gewechselt haben, und er hat sich erlaubt, deren Sinn zu fälschen, wie es der berühmteste seiner Vorgänger mit der Emser Depesche tat. Wir werden an dem Tage, an dem es die russische Regierung für gut halten wird, diese Briefe zu veröffentlichen, keinerlei Einwendung dagegen machen.

Andererseits hat sich der deutsche Kanzler natürlich wohl gehütet, etwas von den Erklärungen zu sagen, die ich am 21. März abgegeben habe und durch die ich im Namen Frankreichs jede Politik der Eroberungen und gewaltsamen Annexionen zurückwies. Der deutsche Reichskanzler vergaß absichtlich die Rede, die ich am 22. Mai in der Kammer hielt und in der ich erklärte, daß wir bereit wären, in eine Unterhaltung mit Rußland über die Kriegsziele einzutreten, und daß, wenn das deutsche Volk, dem wir nicht das Recht zu leben und sich zu entwickeln bestreiten, begreifen würde,

daß wir einen auf die Rechte der Völker gegründeten Frieden wollen,

der Friedensschluß dadurch bedeutsam erleichtert würde. Er übergab mit Stillschweigen die Tagesordnung, die nach der Geheimfiskung vom 1. bis zum 5. Juli einstimmig angenommen wurde. Als ich diese Tagesordnung unterstützte, sagte ich, daß wir nicht eine Politik der Eroberung oder Unterwerfung verfolgen. Das liegt nicht in der französischen Politik. Aber das konnte die Politik sein, deren gesamte Anfälle und deren verderblichen Schlag wir auszuhalten hatten. Ja, wir seufzten unter dem Drucke dieser Politik fünfundzwanzig Jahre und die Vergeltung, die wir heute nehmen wollen, ist nicht die Vergeltung der Unterdrückung, sie ist eine Vergeltung, die darin besteht, die Ideen von Gerechtigkeit, Freiheit und Gleichgewicht, wie Frankreich sie hat, ins Völkerrecht umzusetzen. Lassen wir uns nicht täuschen durch Formeln. Wir kennen wohl ihre Absichten gut. Sie möchten die Demokratie der Welt verwirren, sie wollen glauben machen, daß wir Leute sind, die Eroberungen suchen. Nein, wir suchen Recht und Gerechtigkeit,

wir wollen diese Provinzen wieder nehmen, die niemals aufgehört haben, französisch zu sein. Sie waren es durch ihren Willen, denn sie haben sich Frankreich gegeben. Im Verlauf der großen Revolution von 1790 kamen sie zum Föderationsfest und erklärten Frankreich ihren Beitritt. Seitdem lebten sie ein französisches Leben, weil sie ein Teil Frankreichs. Und als sie uns entzogen wurden, sählten wir alle, daß diesem eblen Frankreich etwas fehlte. Sie müssen zu Frankreich zurückkommen, weil sie zu ihm gehören, weil sie nicht zu denen gehören, die sie nicht, wie wir es taten, durch Ueberredung nahmen, sondern durch Gewalt, durch das harte Recht des Krieges, das wir verschmähen. Wir wollen nicht diese gewaltsamen Annexionen. Wir wollen einfach die Zurückstattung dessen, was uns gehört. Man wagt jetzt der Welt zu sagen, daß wir Annexionen wollen. Das ist ein zu plummes Manöver, als daß jemand sich dadurch täuschen ließe und besonders die demokratischen Massen des russischen Volkes, die man vergebens von ihren Verbündeten zu trennen sucht, indem man sie über die wahren Gefühle der französischen Demokratie täuscht.

Was will der Kanzler?

Er sucht die Schwierigkeiten zu verbergen, die er empfindet, um die Kriegsziele Deutschlands und die Bedingungen festzusetzen, unter denen er Frieden machen würde. Er sucht besonders die Aufmerksamkeit von der schrecklichen Verantwortung abzuwenden, die auf dem Gewissen des deutschen Kaisers und seiner Ratgeber lastet. Im Tage nach der Veröffentlichung der Beschlüsse, die in der am 5. Juli in Potsdam abgehaltenen Beratung gefaßt wurden,

wo alle Konsequenzen des an Serbien abzufendenden Ultimatums ins Auge gefaßt wurden,

eines Ultimatums, aus dem der Krieg entstehen mußte, am Tage nach der Veröffentlichung versucht der Kanzler diese Umleitung. Es ist eine gewisse Unverschämtheit, wenn man eine derartige Verantwortung hat, Rechenschaft

über unsere Absichten zu verlangen. Ohnehin wenden wir uns nicht an Deutschland, sondern an alle diejenigen, die als Zeugen oder Mitwirkende dieses Kampfes, den wir seit drei Jahren durchhalten, wissen, daß im Grunde der Seele des französischen Volkes tiefe Unhänglichkeit an die Grundsätze der Gerechtigkeit, an die Achtung vor dem Völkerrecht und — ich kann es sagen auf die Gefahr hin, von unseren Feinden nicht verstanden zu werden — an wahre Großmut lebt.